

Der bekannte US-Journalist und Kriegsgegner Norman Solomon warnt die Demokratische Partei davor, Hillary Clinton 2020 erneut zur Präsidentschaftskandidatin zu nominieren.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 005/19 – 11.01.19**

Wäre es sinnvoll, Hillary Clinton 2020 noch einmal zur Präsidentschaftskandidatin der Demokratischen Partei zu küren?

**Der einzige Weg, die Herrschaft der Konzerne zu überwinden, die unser Land Donald Trump ausgeliefert haben, führt über soziale Bewegungen, die entschlossen und effektiv für progressive Veränderungen kämpfen –
auch in der Demokratischen Partei.**

Von Norman Solomon

Common Dreams, 04.12.18

(<https://www.commondreams.org/views/2018/12/04/what-it-means-hillary-clinton-might-run-president-2020>)

Als ich vor fünfundzwanzig Jahren mein Buch "False Hope: The Politics of Illusion in the Clinton Era" (Falsche Hoffnung: Die Politik der Illusionen in der Clinton-Ära) schrieb, habe ich nicht damit gerechnet, dass die Demokratische Partei auch noch zweieinhalb Jahrzehnte später in dem Sumpf stecken würde, in den die Clintons sie manövriert haben. Die politischen Machenschaften der Clintons lähmen diese Partei und unser Land aber bis heute.

Die beiden letzten demokratischen Präsidentschaften waren vor allem geprägt von progressiver Rhetorik bei gleichzeitiger Kumpanei mit der Wall Street und dem militärisch-industriellen Komplex. Die offensichtlichen Unterschiede im persönlichen Auftreten Bill Clintons und Barack Obamas lenkten die Aufmerksamkeit von ihrer sehr ähnlichen politischen Linie ab. Im Amt ging es beiden Männern selten um progressive Grundsätze – sie haben sogar regelmäßig dagegen verstoßen.

Clinton hat den USA zum Beispiel NAFTA (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Nordamerikanisches_Freihandelsabkommen) beschert – und eine "Reform der Sozialfürsorge", die ein Angriff auf Frauen und Familien mit geringem Einkommen war, eine "Telekommunikationsreform", die den großen Medienkonzernen noch mehr Sendemöglichkeiten verschafft hat sowie die Aufhebung der Glass-Steagall Regulation (s. https://de.wikipedia.org/wiki/Glass-Steagall_Act), was den Banken riskantere Geschäfte ermöglichte, zur Finanzkrise 2007/8 führte und die Anzahl der Inhaftierungen ansteigen ließ.

Obama rettete zum Beispiel die Großbanken, indem er die Enteignung überschuldeter Hausbesitzer zuließ; außerdem setzte er mehr Raketen und Bomben als sein (republikanischer) Vorgänger George W. Bush ein (s. <https://www.independent.co.uk/news/world/americas/us-president-barack-obama-bomb-map-drone-wars-strikes-20000-pakistan-middle-east-afghanistan-a7534851.html>), führte Krieg gegen Whistleblower (wie Edward Snowden), weitete die Überwachungspraxis aus, setzte unter Mitwirkung beider Parteien den Vierten Zusatzartikel zur US-Verfassung außer Kraft (s. https://de.wikipedia.org/wiki/4._Zusatzartikel_zur_Verfassung_der_Vereinigten_Staaten und http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP05217_050417.pdf) und förderte die Privatisierung öffentlicher Bildungseinrichtungen.

Unter Obama verloren die Demokraten nicht nur ihre Mehrheit im Kongress, sie konnten sie auch nicht wiedergewinnen. Als er (nach seiner zweiten Amtszeit) das Weiße Haus verlassen musste, ließ er sich sofort mit dem Privatjet eines Milliardärs zu dessen privater Insel fliegen (s. <https://www.welt.de/vermishtes/article161742428/Die-Obamas-urlauben-mit-Richard-Branson-in-der-Karibik.html>) und begann nach wenigen Monaten sehr gut bezahlte Reden für Wall-Street-Konzerne zu halten. Während der Amtszeit Obamas verloren die Demokraten außerdem fast 1.000 Sitze in den Parlamenten der Bundesstaaten.

Dank der Aktivitäten der Parteibasis und der wachsenden Abneigung gegen Trump gewannen die Demokraten letzten Monat nicht nur die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurück, sie eroberten auch ein Drittel der Sitze in den Parlamenten der Bundesstaaten zurück, die sie unter der Obama-Regierung verloren hatten.

In den beiden letzten Jahren ist der progressive Widerstand gegen die konzernhörige Politik, die Bill Clinton der Demokratischen Partei verordnet hat, gewaltig gewachsen. Trotzdem wollen Nancy Pelosi, Chuck Schumer und andere führende Demokraten im Kongress die von Clinton eingeführten Lippenbekenntnisse (zu demokratischen Prinzipien) fortsetzen, die sich so nützlich – und äußerst gewinnbringend – für die US-Konzerne erwiesen haben, während gleichzeitig die wirtschaftliche Ungleichheit sprunghaft angestiegen ist.

Während sich das Jahr 2018 seinem Ende nähert, versucht die Führung der Demokratischen Partei den Clinton-Kurs ohne die Clintons fortzusetzen.

Oder vielleicht doch mit den Clintons?

Offensichtlich wird schon darüber spekuliert, dass Hillary Clinton auch 2020 wieder zur Präsidentschaftskandidatin der Demokraten nominiert werden möchte. Am Sonntag druckte die *New York Times* eine Kolumne von Maureen Dowd ab (s. <https://www.nytimes.com/2018/12/01/opinion/sunday/hillary-bill-clinton-tour.html>), in der zu lesen war: "Aus dem Clinton-Clan war zu hören, dass Hillary vor hat, sich erneut als Präsidentschaftskandidatin nominieren zu lassen. ... Und Bill hat vor alten Freunden bereits verlauten lassen, Hillary wisse bereits, wie es 2020 für sie laufen könnte – ohne großes Wahlkampfteam wolle sie nur offen ihre Meinung sagen und nicht auf bestimmte Gruppen fokussiert sein" – weil sie schon (auf die Wall Street) fokussiert ist?

Maureen Dowd stellte auch einen nützlichen Rückblick zur Verfügung: "Nach der Zeit im Weißen Haus kümmerten sich die Clintons vorrangig ums "Geldscheffeln"; in 15 Jahren hielten sie mehr als 700 (hochbezahlte) Reden, und in ihrer Habgier war es ihnen völlig gleichgültig, wessen Interessen sie damit förderten oder ob sich andere Staaten damit Einfluss kaufen wollten. So häuften sie die enorme Summe von 240 Millionen Dollar an. Bis kurz vor ihrer Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2016 hielt Hillary diese lukrativen Gefälligkeitsreden – für das Institute of Scrap Recycling Industries (das Institut für Schrott-Verwertung, s. https://en.wikipedia.org/wiki/Institute_of_Scrap_Recycling_Industries), für die American Camp Association (die Vereinigung der Campingplatz-Besitzer, s. https://en.wikipedia.org/wiki/American_Camp_Association), für eBay sowie die berüchtigten drei Reden für Goldman Sachs, die ihr allein schon 675.000 Dollar einbrachten."

In der Dowd-Kolumne wird auch Charles Peters, ein früherer Redakteur des Magazins *Washington Monthly* zitiert: "Am meisten erschreckt mich aber, dass Hillary trotz ihrer Geldgier so überzeugt von ihrer eigenen Tugendhaftigkeit ist, was typisch für Leute zu sein scheint, die sich für Liberale halten. Sie wollen ihre Mitschuld am heutigen Zustand der Welt nicht sehen, weil sie selbstsüchtig und gleichgültig gegenüber der unterdrückten arbeitenden Bevölkerung geworden sind, was sich die Republikaner zunutze machen."

Das zeigt, wo die Demokraten heute stehen – nicht nur wegen der schrecklichen Perspektive, dass Hillary Clinton erneut Präsidentschaftskandidatin werden könnte, sondern weil die Führung der Demokratischen Partei ihren konzernhörigen Kurs nicht aufgeben möchte.

Der einzige Weg, das zu verhindern, führt über die sozialen Bewegungen, die entschlossen und effektiv für progressive Veränderungen – auch in der Demokratischen Partei – kämpfen müssen. Wenn Sie das nicht für den richtigen Weg halten, schauen Sie auf Alexandria Ocasio-Cortez, Ilhan Omar, Rashida Tlaib und Ayanna Pressley (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_16/LP16518_311218.pdf), die aus den demokratischen Vorwahlen siegreich hervorgegangen sind und im Januar als Abgeordnete des Repräsentantenhauses vereidigt werden. Vergleichen Sie ihren Erfolg auch mit dem Misserfolg von Kandidaten der Green Party (s. dazu auch [https://de.wikipedia.org/wiki/Green_Party_\(Vereinigte_Staaten\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Green_Party_(Vereinigte_Staaten))), die seit zwei Jahrzehnten vergeblich für den Kongress kandidieren.

Ungeachtet dessen, ob Hillary Clinton wieder Präsidentschaftskandidatin wird, ist der Clinton-Kurs politisch überholt. Er kann aber nur überwunden werden, wenn die Parteibasis darauf beharrt, dass die Demokratische Partei einen wirklich progressiven Kurs einschlägt.

Norman Solomon ist Mitbegründer und nationaler Koordinator von RootsAction.org. (s. <https://rootsaction.org/>). Er hat das Institute for Public Accuracy (s. <http://accuracy.org/>) gegründet und ist dessen geschäftsführender Direktor. Solomon hat auch ein Dutzend Bücher geschrieben, darunter "War Made Easy: How Presidents and Pundits Keep Spinning Us to Death" (das unter dem Titel "War Made Easy – Wie uns Präsidenten und Experten zu Tode lügen" im Jim Humble Verlag auch in deutscher Übersetzung erschienen ist) und "Made Love, Got War: Close Encounters with America's Warfare State" (Wir wollten Liebe und bekamen Krieg: Annäherungen an die US-Kriegsmaschinerie).

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Weitere Infos über den Autor sind nachzulesen unter https://de.wikipedia.org/wiki/Norman_Solomon. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



What It Means That Hillary Clinton Might Run for President in 2020

The only way to overcome the corporatism that ultimately delivered the nation to Donald Trump, is for social movements to fight more resolutely and effectively for progressive change, including in the Democratic Party

by Norman Solomon

December 04, 2018

Twenty-five years ago—when I wrote a book titled “False Hope: The Politics of Illusion in the Clinton Era”—I didn’t expect that the Democratic Party would still be mired in Clintonism two and a half decades later. But such approaches to politics continue to haunt the party and the country.

The last two Democratic presidencies largely involved talking progressive while serving Wall Street and the military-industrial complex. The obvious differences in personalities

and behavior of Bill Clinton and Barack Obama diverted attention from their underlying political similarities. In office, both men rarely fought for progressive principles—and routinely undermined them.

Clinton, for example, brought the country NAFTA, welfare “reform” that was an assault on low-income women and families, telecommunications “reform” that turned far more airwaves over to media conglomerates, repeal of Glass-Steagall regulation of banks that led to the 2007-8 financial meltdown, and huge increases in mass incarceration

Obama, for instance, bailed out big banks while letting underwater homeowners sink, oversaw the launching of more missiles and bombs than his predecessor George W. Bush, ramped up a war on whistleblowers, turned mass surveillance and the shredding of the Fourth Amendment into bipartisan precedent, and boosted corporate privatization of public education.

It wasn't only a congressional majority that Democrats quickly lost and never regained under President Obama. By the time he left the White House (immediately flying on a billionaire's jet to his private island and then within months starting to collect giant speaking fees from Wall Street), nearly 1,000 seats in state legislatures had been lost to Democrats during the Obama years.

Thanks to grassroots activism and revulsion toward President Trump, Democrats not only won back the House last month but also recaptured one-third of the state legislative seats that had been lost while Obama led the party and the nation.

During the last two years, progressive momentum has exerted major pressure against the kind of corporatist policies that Bill Clinton set into cement atop the Democratic Party. But today, the party's congressional leaders like Nancy Pelosi and Chuck Schumer are still in a mode loosely replicating Clinton's sleight-of-tongue formulas that have proved so useful—and extremely profitable—for corporate America, while economic inequality has skyrocketed.

As 2018 nears its end, the top of the Democratic Party is looking to continue Clintonism without the Clintons.

Or maybe Clintonism with the Clintons.

A real possibility is now emerging that Hillary Clinton will run for the 2020 Democratic presidential nomination. On Sunday, the New York Times printed a Maureen Dowd column that reported: “Some in Clintonworld say Hillary fully intends to be the nominee.... And Bill has given monologues to old friends about how Hillary knows how she'd have to run in 2020, that she couldn't have a big staff and would just speak her mind and not focus-group everything. (That already sounds focus-grouped.)”

Dowd provided a helpful recap: “After the White House, the money-grubbing raged on, with the Clintons making over 700 speeches in a 15-year period, blithely unconcerned with any appearance of avarice or of shady special interests and foreign countries buying influence. They stockpiled a whopping \$240 million. Even leading up to her 2016 presidential run, Hillary was packing in the speeches, talking to the Institute of Scrap Recycling Industries, the American Camp Association, eBay, and there was that infamous trifecta of speeches for Goldman Sachs worth \$675,000.”

A cogent sum-up in the column came from former Washington Monthly editor Charles Peters: “What scares me the most is Hillary's smug certainty of her own virtue as she has be-

come greedy and how typical that is of so many chic liberals who seem unaware of their own greed. They don't really face the complicity of what's happened to the world, how selfish we've become and the horrible damage of screwing the workers and causing this resentment that the Republicans found a way of tapping into."

That's where we are now—not only with the grim prospect that Hillary Clinton might run for president again, but more fundamentally with corporate allegiances still dominating the Democratic Party leadership.

The only way to overcome such corporatism is for social movements to fight more resolutely and effectively for progressive change, including in the Democratic Party. If you don't think that's a path to real breakthroughs, consider Alexandria Ocasio-Cortez, Ilhan Omar, Rashida Tlaib and Ayanna Pressley, winners of Democratic primaries this year who'll be sworn in as members of Congress next month. (Compare those successes to two decades of Green Party candidates running for Congress and never coming close.)

Whether or not Hillary Clinton runs for president again, Clintonism is a political blight with huge staying power. It can be overcome only if and when people at the grassroots effectively insist on moving the Democratic Party in a genuinely progressive direction.

Norman Solomon is co-founder of RootsAction.org and founding director of the Institute for Public Accuracy. His books include "War Made Easy: How Presidents and Pundits Keep Spinning Us to Death" and "Made Love, Got War: Close Encounters with America's Warfare State".

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern